

## Bundestagswahl



# 2017

### Herausgeber

Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Senioren-Organisationen e.V.  
(BAGSO)

Thomas-Mann-Str. 2-4  
53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0  
Fax: 02 28 / 24 99 93 20  
E-Mail: [kontakt@bagso.de](mailto:kontakt@bagso.de)  
[www.bagso.de](http://www.bagso.de)

Die BAGSO vertritt über ihre mehr  
als 110 Mitgliedsorganisationen  
etwa 13 Millionen ältere Menschen  
in Deutschland.

Weitere Informationen unter  
[www.bagso.de](http://www.bagso.de)

## BAGSO-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Die BAGSO ist die Interessenvertretung der Älteren in Deutschland. In ihren 113 Mitgliedsverbänden sind viele Millionen ältere Menschen organisiert. Diese Aufgabe nehmen wir wahr in gesamtgesellschaftlicher Mitverantwortung. Wir wissen und beachten: Die Bildungs-, Berufs- und Entwicklungschancen, die die Generationen unserer Kinder und Enkelkinder erhalten, entscheiden wesentlich über die Zukunft unseres Landes. Demografische Entwicklungen, wie wir sie jetzt und – schon absehbar – auch in den kommenden Jahrzehnten erleben, können nur gemeinsam und dürfen nicht zulasten der einen oder anderen Generation gestaltet werden.

Wir sind uns dabei der besonderen Lebenslagen älterer Menschen bewusst. Und wir wissen, dass sozialer Status, Bildung, Gesundheit, körperliche oder geistige Einschränkungen, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder eine Migrationsgeschichte die Chancen auf soziale Teilhabe beeinflussen können.

Die BAGSO bejaht unsere repräsentative Demokratie. Viel wurde mit ihr in den vergangenen 70 Jahren erreicht: Freiheit und Einheit, Sicherheit und Wohlstand sowie Frieden in Europa. Aber viel ist auch noch zu tun. Vielfältiger Wandel führt zu neuen Herausforderungen.

In diesen Wahlprüfsteinen stellen wir Fragen an politische Parteien. Wir beschränken uns dabei im Wesentlichen auf Fragen, die die spezielle Interessenslage älterer Menschen in unserem Land berühren.



## 1. Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik

Obwohl die Politik, begleitet u.a. von den Altenberichten der Bundesregierung, seit Langem darüber diskutiert, wie ein möglichst gesundes, aktives und engagiertes Älterwerden gefördert und eine selbstständige Lebensführung möglichst lange erhalten werden kann, fehlen bislang eine langfristige seniorenpolitische Strategie sowie die Sicherung wirksamer Strukturen und die Bereitstellung ausreichender Mittel zu ihrer Umsetzung.

- 1.1 Die Siebte Altenberichtscommission fordert in ihrem im November 2016 veröffentlichten Bericht eine Auseinandersetzung mit der Idee eines Leitgesetzes zur Stärkung einer Politik für ältere und mit älteren Menschen und fordert die Bundesregierung auf, die kompetenzrechtlichen Voraussetzungen dafür zu klären. Wird sich Ihre Partei für ein solches Gesetz einsetzen?
- 1.2 Die Altenberichtscommission fordert zudem „starke, handlungsfähige Kommunen [...], um im demografischen Wandel die Politik für ältere und mit älteren Menschen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln“. Sie fordert die Erweiterung der finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen, etwa in Form einer neuen Gemeinschaftsaufgabe entsprechend den Artikeln 91a – 91d des Grundgesetzes. Die Kommission fordert auch, die Kommunen mit den nötigen Kompetenzen auszustatten. Inwieweit wird sich Ihre Partei für die Umsetzung dieser zentralen Forderungen der Altenberichtscommission einsetzen? Wie steht Ihre Partei zu dem Vorschlag, die Altenhilfe zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen?
- 1.3 Zur Umsetzung der Empfehlungen der Altenberichtscommission bedarf es nicht zuletzt einer verstärkten Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Bisher werden seniorenpolitische Angelegenheiten entweder von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz oder von der Gesundheitsministerkonferenz mitbehandelt.

Wie beurteilen Sie unsere Auffassung, dass es notwendig ist, eine eigene Ministerkonferenz für seniorenpolitische Fragen einzurichten?
- 1.4 Der Bundesaltenplan, der im Jahr 1992 als Förderinstrument eingeführt wurde, wurde in den 25 Jahren seines Bestehens kaum weiterentwickelt. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der über 65-Jährigen um rund 5,2 Millionen auf 17,1 Millionen erhöht, ein Anstieg von 43 %. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel bedarfsgerecht aufgestockt werden? Wie kann sichergestellt werden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel für die originären Ziele des Bundesaltenplans (Förderung von Seniorenorganisationen, gerontologische Forschung und Modellprogramme) verwendet werden?
- 1.5 Laut Altenberichtscommission ist das Geschlecht eine wesentliche Kategorie der Ungleichheit von Lebenslagen im Alter. Wie bildet sich dieser Aspekt in der seniorenpolitischen Strategie Ihrer Partei ab?
- 1.6 Von der Lebenssituation hochaltriger Menschen wissen wir zu wenig, um eine solide Grundlage für politisches Handeln zu haben. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Mittel zur Erforschung der Lebenssituation und Bedarfe alter und hochaltriger Menschen (z. B. im Rahmen des Deutschen Alterssurveys des Deutschen Zentrums für Altersfragen und des Gesundheitsmonitoring des Robert Koch-Instituts) bereitgestellt werden?
- 1.7 Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer UN-Altenrechtskonvention? Falls nein, welche Maßnahmen sollten aus Ihrer Sicht ergriffen werden, um die Einhaltung der (Menschen-) Rechte älterer Menschen sicherzustellen?

## 2. Alterssicherung

Trotz des Bemühens um den Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge müssen sich die Rentnerinnen und Rentner auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verlassen können. Dies wird sich auch für künftige Rentnergenerationen nicht ändern. Deshalb kommt aus Sicht der BAGSO der Stabilität und Sicherung der GRV eine wachsende Bedeutung zu.

- 2.1 Über die persönliche Rentenhöhe entscheidet die Berufs- und Einkommensbiografie. Niedrige Löhne und Beiträge, unterbrochene Erwerbsbiografien, sinkendes Rentenniveau, Teilzeitarbeit, Tätigkeiten auf Minijob-Basis und ein vorgezogenes Ausscheiden aus dem Berufsleben führen zu niedrigen Renten. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit Menschen eine armutsfeste Rentenanwartschaft erwerben?
- 2.2 Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei die Einnahmesituation der GRV verbessern? In welchem Umfang plant Ihre Partei den Bundeszuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung anzuheben, um demografische Verzerrungen auszugleichen?
- 2.3 Die BAGSO spricht sich seit Langem für eine Individualisierung und Flexibilisierung von Lebensarbeitszeiten auf freiwilliger Basis aus. Hält Ihre Partei die in der noch laufenden Legislaturperiode vorgenommenen Reformen für ausreichend, um diesem Ziel näher zu kommen? Falls nein, welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen?
- 2.4 Hält Ihre Partei die derzeitigen Leistungen bei der Erwerbsminderungsrente für ausreichend? Falls nein, welche konkreten Maßnahmen wollen Sie umsetzen?

## 3. Freiwilliges Engagement und Partizipation

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist Ausdruck aktiver Teilhabe und lebendiger Demokratie. Eine gute Engagementpolitik schafft die Rahmenbedingungen dafür, dass Menschen aller Altersgruppen und Lebenslagen mit ihren jeweils eigenen Möglichkeiten Verantwortung für andere und damit für die Gesellschaft übernehmen.

- 3.1 Eine das Engagement fördernde Infrastruktur, d.h. die Beratung, Vermittlung und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene, muss flächendeckend, wohnortnah und verlässlich vorhanden sein. Inwieweit setzt sich Ihre Partei für eine nachhaltige Förderung entsprechender Strukturen durch Bund, Länder und Kommunen ein?
- 3.2 Ältere Menschen zeigen eine hohe Engagementbereitschaft. Es müssen aber ihre Lebenssituation, ihr Erfahrungswissen und ihre Selbstbestimmung berücksichtigt werden. Inwieweit setzt sich Ihre Partei (auch) für eine spezifische Förderung des Engagements älterer Menschen sowie deren Einbindung in Entscheidungsprozesse ein?
- 3.3 Nach Ansicht der Altenberichtskommission muss der Erfolg von Partizipationsprozessen und engagementfördernden Maßnahmen daran bemessen werden, inwieweit auch benachteiligte Personengruppen eingebunden werden können. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um auch diesen Menschen Teilhabe und Engagement zu ermöglichen?
- 3.4 Ältere Menschen leisten mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen. Wie können aus Ihrer Sicht Haupt- und Ehrenamtliche besser unterstützt und wie kann die Anerkennung für dieses wichtige Engagement gestärkt werden?
- 3.5 Bildung fördert das Engagement älterer Menschen. Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei Bildung im Alter stärker fördern?



## 4. Gesundheit und Pflege

Die Gesundheit zu erhalten und möglichst lange im vertrauten Umfeld zu leben, ist das Ziel der meisten Menschen. Dafür müssen bestehende Möglichkeiten ausgeschöpft und ggf. neue Strukturen geschaffen werden. Neben erreichbaren professionellen medizinischen und pflegerischen Versorgungsangeboten ist hierfür auch eine kommunale Verantwortungs- und Sorgestruktur notwendig.

- 4.1 Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei in Bezug auf die gesundheitliche und pflegerische Versorgung älterer Menschen und welche Bedeutung kommt dabei der steigenden Zahl von Menschen mit Demenz-Erkrankung zu? Gehören dazu auch Maßnahmen, die dazu führen, dass gesundheitliche und pflegerische Aufgaben, etwa die Einführung eines Care- und Case-Management, zukünftig verstärkt in der Verantwortung der Kommune liegen?
- 4.2 Mit welchen Maßnahmen planen Sie im Besonderen, die gesundheitliche und pflegerische Versorgung auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten und in benachteiligten Stadtteilen sicherzustellen?
- 4.3 Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um die Lebensbedingungen hilfebedürftiger Menschen und die gesundheitliche Prävention älterer – insbesondere sozial benachteiligter – Menschen zu stärken? Wie wird Ihre Partei den Auf- und Ausbau gesundheitsfördernder Strukturen im kommunalen Umfeld vorantreiben? Und wie sollen dabei kultursensible Bedarfe berücksichtigt werden?
- 4.4 Die ärztliche Beratung und Versorgung sowie Rehabilitationsmaßnahmen werden zunehmend durch digitale Medien unterstützt und ergänzt (Stichwort „Telemedizin“). Plant Ihre Partei, das Fernberatungsverbot für Ärzte aufzuheben? Befürworten Sie den Aufbau einer umfassenden, qualifizierten und interessenneutralen Plattform mit allen wichtigen Informationen zum Gesundheitswesen und wer kommt ggf. für die Erstellung einer solchen Plattform in Betracht?

- 4.5 Wie planen Sie sicherzustellen, dass heute und in Zukunft ausreichend und qualifizierte Fachkräfte für die Alten- und Krankenpflege zur Verfügung stehen?
- 4.6 Durch die Pflegestärkungsgesetze wurden „den auf Bundesebene maßgeblichen Organisationen für die Wahrnehmung der Interessen und der Selbsthilfe pflegebedürftiger und behinderter Menschen“ (§ 118 SGB XI), zu denen auch die BAGSO zählt, Mitwirkungsrechte eingeräumt. Ohne die dafür notwendige personelle und sachgerechte Ausstattung der Verbände – wie sie in § 140f SGB V für die Patientenvertretungen festgelegt ist – kann diese Aufgabe jedoch nicht bewältigt werden. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zur Umsetzung der Mitwirkungsrechte im SGB XI dem SGB V vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen werden?
- 4.7 Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die ambulante und stationäre palliativmedizinische Versorgung flächendeckend sicherzustellen und die Hospizarbeit zu stärken?

## 5. Wohnen, Wohnumfeld und Mobilität

Die große Mehrheit älterer Menschen möchte möglichst lange in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben.

- 5.1 Welche Maßnahmen wollen Sie – insbesondere in den Bereichen sozialer Wohnungsbau, selbst genutztes Wohneigentum und genossenschaftliches Wohnen – umsetzen, um ein bezahlbares Wohnen zu fördern? Wie sollen dabei besonders die Wohnbedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt werden?
- 5.2 Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Zahl der altersgerechten Sanierungen von Eigenheimen und Wohnungen zu erhöhen? Werden Sie sich für den Erhalt des KfW-Zuschussprogramms „Altersgerecht umbauen“ einsetzen und für eine ausreichende Mittelausstattung sorgen?



Planen Sie Rechtsansprüche des Mieters gegenüber dem Vermieter sowie des Wohnungseigentümers gegenüber der Eigentümergemeinschaft zur Herstellung der Barrierefreiheit?

- 5.3 Mit Unterstützung technischer Assistenzsysteme in der Wohnung können ältere Menschen länger, sicher und komfortabel in ihrer vertrauten Umgebung leben. Mit welchen Maßnahmen kann die Verbreitung technischer Assistenzsysteme, die auch die Maßgaben von Barrierefreiheit erfüllen (z. B. „Zwei-Sinne-Prinzip“), unterstützt werden? Sollen z. B. notwendige Assistenzsysteme in den Leistungskatalog von Kranken- und Pflegekassen aufgenommen werden?
- 5.4 Welchen Beitrag kann Ihre Partei leisten, damit flächendeckend eine – im Bedarfsfall kostenlose – Wohnberatung angeboten werden kann?
- 5.5 Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Bürgerinnen und Bürger besser vor Wohnungseinbrüchen, vor Diebstahl und Raub sowie vor dem Missbrauch ihrer Gutgläubigkeit (Beispiel „Enkeltrick“) zu schützen?
- 5.6 Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei die Kommunen dabei unterstützen, barrierefreie, inklusive Quartiere mit einer fußläufig erreichbaren Nahversorgung (Ärzte, Apotheken, Banken, Lebensmittelgeschäfte etc.) zu schaffen und zu erhalten? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass auch diese privaten Dienstleister Barrieren abbauen müssen?
- 5.7 Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zum Ausbau einer barrierefreien Mobilität? Wie werden Sie bezahlbare, allgemein zugängliche Mobilität auch in dünn besiedelten Regionen und strukturschwachen Gebieten sicherstellen?

## 6. Verbraucherschutz und -information in einer immer stärker digitalisierten Welt

Chancen auf Information, Alltagsversorgung und gesellschaftliche Teilhabe hängen immer stärker vom Zugang zum Internet ab. Gerade ältere Menschen könnten durch die zunehmende Digitalisierung für ihre selbstständige Lebensführung profitieren. Allerdings verläuft zwischen Alt und Jung, Arm und Reich, gut Gebildet und weniger gut Gebildet eine digitale Spaltung.

- 6.1 Was tut Ihre Partei, um die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verringern?
- 6.2 Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, damit Angebote und Dienstleistungen aus dem öffentlichen wie privatwirtschaftlichen Sektor weiterhin (kostenneutral) auch „analog“ vorgehalten werden?
- 6.3 Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche erfordert ganz neue Kompetenzen, damit die sich daraus ergebenden Chancen autonom genutzt und die damit verbundenen Anforderungen bewältigt werden können. Welche Bildungsmaßnahmen sehen Sie vor, um Älteren diese Kompetenzen zu vermitteln?
- 6.4 Wie sollen ältere Menschen, insbesondere Menschen mit mentalen Einschränkungen und demenziellen Erkrankungen, vor Datenmissbrauch, Übervorteilung und Verletzung der Privatsphäre geschützt werden?
- 6.5 Wie wollen Sie die Einbeziehung der Perspektive der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher im Prozess der Digitalisierung gewährleisten? Wie wollen Sie bewirken, dass IT-Angebote nutzerfreundlicher und risikofrei sowie in barrierefreier Form angeboten werden? ■

# Die 113 BAGSO Verbände (Stand: April 2017)

Ausführliche Informationen über die Verbände finden Sie unter [www.bagso.de](http://www.bagso.de)

1. Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.
2. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (AWO)
3. Arbeitsgemeinschaft Evangelische Krankenhaus-Hilfe e.V. (eKH)
4. Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus
5. BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – Ständiger Ausschuss „BDZ-Senioren“
6. BegegnungsCentrum Haus im Park der Körber-Stiftung
7. Betreuungswerk Post Postbank Telekom (BeW)
8. Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT)
9. Bund Deutscher Forstleute (BDF) – Seniorenvertretung des BDF
10. Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk)
11. Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. (BAG LSV)
12. Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE
13. Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)
14. Bundesarbeitsgemeinschaft seniorTrainerin (BAG sT)
15. Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Weiterbildung für Ältere (BAG WiWA) im DGWF
16. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung e.V.
17. Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN – Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e.V.
18. Bundesforum Katholische Seniorenarbeit (BfKS)
19. Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetreffene Menschen (BIVA) e.V.
20. Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V. (BISS)
21. Bundesselbsthilfeverband für Osteoporose e.V. (BfO)
22. Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e.V. (KKV)
23. Bundesverband Gedächtnistraining e.V. (BVGT)
24. Bundesverband Geriatrie e.V.
25. Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
26. Bundesverband Russischsprachiger Eltern (BVRE)
27. Bundesverband Seniorentanz e.V. (BVST)
28. dbb beamtenbund und tarifunion
29. ddn – Das Demographie Netzwerk e.V.
30. DENISS e.V. – Deutsches Netzwerk der Interessenvertretungen von Senior-Studierenden
31. Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. - Selbsthilfe Demenz
32. Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)
33. Deutsche Gesellschaft für AlterszahnMedizin e.V. (DGAZ)
34. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh)
35. Deutsche Landsenioren e.V. (DLS)
36. Deutsche PsychotherapeutenVereinigung e.V. (DPtV)
37. Deutsche Seniorenpresse Arbeitsgemeinschaft e.V. (dsp)
38. Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Nordrhein-Westfalen (DSTG)
39. Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB)
40. Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV)
41. Deutscher Bridge-Verband e.V. (DBV)
42. Deutscher BundeswehrVerband e.V. (DBwV)
43. Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V. (DEF)
44. Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP)
45. Deutscher Frauenrat (DF)
46. Deutscher Guttempler-Orden (I.O.G.T.) e.V.
47. Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)
48. Deutscher Schwerhörigenbund e.V. (DSB)
49. Deutscher Senioren Ring e.V. (DSR)
50. Deutscher Turner-Bund (DTB)
51. Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS)
52. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (dv)
53. Deutsches Sozialwerk e.V. (DSW)
54. DIE GRÜNEN ALTEN (GA)
55. DPoG Bundespolizeigewerkschaft
56. Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
57. Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EaFA)
58. Evangelisches Seniorenwerk – Bundesverband für Frauen und Männer im Ruhestand e.V. (ESW)
59. Familienbund der Katholiken Bundesverband e.V.
60. Forschungsinstitut Geragogik e.V. (FoGera)
61. FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung (FGW)
62. Generationsbrücke Deutschland
63. Gesellschaft für Gehirntraining e.V. (GfG)
64. Gesellschaft für Prävention e.V. – Gesund älter werden
65. Gewerkschaft der Polizei (GdP)-Seniorengruppe (Bund)
66. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – BundesSeniorenAusschuss (GEW)
67. Greenpeace e.V. Team50plus
68. Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V. – Ausschuss für Altersfragen der Medizin des Hartmannbundes
69. HelpAge Deutschland e.V. – Aktion alte Menschen weltweit (HAD)
70. IG Metall
71. Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
72. Internationaler Bauorden – Deutscher Zweig e.V. – Verein „Senioren im Bauorden“ (IBO)
73. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB)
74. Katholische Erwachsenenbildung Deutschland (KEB)
75. Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands – Bundesverband e.V. (kfd)
76. Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB)
77. Kneipp-Bund e.V.
78. Kolpingwerk Deutschland gemeinnützige GmbH
79. komba gewerkschaft – Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst
80. Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)
81. KWA Kuratorium Wohnen im Alter gemeinnützige AG
82. Lange Aktiv Bleiben – Lebensabend-Bewegung (LAB)
83. Liberale Senioren LiS – Bundesverband
84. LIGA für Ältere e.V.
85. Malteser Hilfsdienst e.V.
86. Memory Liga e.V. – Liga für Prägeriatrie
87. MISEREO-Aktionskreis „Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter“
88. NATUR UND MEDIZIN e.V. – Fördergemeinschaft der Karl und Veronica Carstens-Stiftung
89. NaturFreunde Deutschlands e.V. – Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur
90. NAV-Virchow-Bund – Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands e.V.
91. Netzwerk-Osteoporose e.V. – Organisation für Patienten-Kompetenz
92. PRO RETINA Deutschland e.V. – Selbsthilfevereinigung von Menschen mit Netzhautdegeneration
93. Projekt 50 Bundesverband e.V. – Verein zur Förderung brachliegender Fähigkeiten
94. Senior Experten Service – Stiftung der Deutschen Wirtschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (SES)
95. Senioren-Lernen-Online UG (SLO)
96. Senioren-Union der CDU Deutschlands
97. Senioren-Union der CSU
98. Seniorenvereinigung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands e.V. (CJD)
99. Seniorpartner in School – Bundesverband e.V. (SiS)
100. Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
101. Sozialverband VdK Deutschland e.V.
102. Sozialwerk Berlin e.V.
103. Unionhilfswerk Landesverband Berlin e.V.
104. Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB)
105. Verband Wohneigentum e.V.
106. Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen
107. Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)
108. Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener e.V. (ViLE)
109. Volkssolidarität Bundesverband e.V. (VS)
110. VRFF Die Mediengewerkschaft
111. wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.
112. wohnen im eigentum – die wohnigentümer e.V.
113. Zwischen Arbeit und Ruhestand – ZWAR e.V.